

Neue Formen der Partizipation als Markenzeichen der Postdemokratie?

Rede zum Bundeskongress politische Bildung

von Colin Crouch



Colin Crouch ist Professor emeritus, University of Warwick, UK, und Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Wenn ich heute noch einmal meine zwei Büchlein Postdemokratie und Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus schreiben könnte, würde ich gewiss mit den kürzlich erfolgten Worten der Bundeskanzlerin Angela Merkel beginnen:

„Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“

Man muss anmerken, dass sie zwar nicht ‚marktkonforme Demokratie‘ gesagt hat.

dies jedoch das ‚Unwort‘ ist, das man ihr zuschreiben wird. Ich erinnere mich daran, als Margaret Thatcher gesagt hatte: „There is no such thing as society“. Das ist ein berüchtigtes Unwort im Vereinigten Königreich geworden. Sie hat diesen Satz zwar selbst so gesagt, aber es gab einen besonderen Zusammenhang. Während eines Radiointerviews diskutierte sie die Frage, ob Menschen bei ihren Problemen Hilfe von der Gesellschaft erwarten sollten. Frau Thatcher hatte hierauf geantwortet:

„There is no such thing as society. There is living tapestry of men and women and people and the beauty of that tapestry and the quality of our lives will depend upon how much each of us is prepared to take responsibility for ourselves and each of us prepared to turn round and help by our own efforts those who are unfortunate.“

In beiden Fällen könnte man die Thesen auf eine ganz bedenkenlose Weise verstehen. Möglicherweise wollte Frau Thatcher nur sagen, dass man ‚society‘ (die Gesellschaft) als kein einzelnes Individuum begreifen sollte, und dass ‚society‘ kein einzelnes Subjekt sein könne. Gesellschaft sei immer eine ‚rich tapestry‘ (reiche Gobelinstickerei), deren verschiedene Teile zu verschiedenen Zeitpunkten tätig werden. Diese Teile sind stets zu spezifizieren. Hieran gibt es nichts, was ein Soziologe kritisieren könnte.

Ähnlich könnte man anmerken, dass die Bundeskanzlerin Merkel lediglich sagen wollte, dass ein Parlament keine Haushaltspläne machen sollte, die es nur mit kontinuierlichen Schulden finanzieren könne. Es ist gewiss nicht demokratisch, die Wähler glauben zu lassen, dass sie öffentliche Dienste und soziale Un-

terstützungen in Anspruch nehmen könnten ohne dass der Staat Steuern beziehe. Die Institutionen der Demokratie benötigen Mechanismen, die ihre Integrität gewährleisten, auch gegen die Vertreter der Demokratie selbst. Dieses Konzept ist eine Erweiterung der Idee des Rechtsstaats. Man kann es auch zugunsten der Unabhängigkeit von zentralen Banken, des Schutzes des öffentlichen Funks und Fernsehen vor politischer Einmischung und der Autonomie der staatlichen statistischen Ämter übertragen. Solche Mechanismen, die die größeren öffentlichen Interessen vor der Manipulation der politischen Klassen schützen, stärken die Demokratie; sie schwächen sie nicht. Aus diesen Gründen widerstehe ich der Versuchung zu behaupten, dass der europäische fiskale Pakt meine Theorie der Postdemokratie stütze. Es mag sein, dass solche Maßnahmen die Demokratie vor sich selbst schützen. (Ich spreche hier über das allgemeine Konzept des langfristigen fiskalen Gleichgewichts, nicht über die spezifischen Bedingungen, die auf Regierungen übertragen werden, die oft mehr Schaden verursachen, als nützlich zu sein.)

Jedoch kann es auch sein, dass die zitierten Bemerkungen von Merkel und Thatcher deshalb eine starke öffentliche Resonanz erzielt haben, weil sie eine grundlegende Mentalität enthüllen, die jenseits der Wörter selbst steht. Und die Mentalität ist in beiden Fällen dieselbe: dass nur die Märkte wichtig seien, und dass die übrigen Lebensbereiche als Märkte gesehen werden sollten.

Es ist unglücklich, dass die politischen Debatten unseres Zeitalters die gesellschaftlichen Institutionen in zwei Pole trennen: den Markt einerseits und den Staat andererseits. Es ist ferner unglücklich, dass diese zwei normalerweise in einem ‚Null-Summen‘-Verhältnis zueinander stehen: d.h. wenn man ‚mehr Markt‘ habe, dann müsse man ‚weniger Staat‘ haben und vice versa. Beide Postulate sind aber falsch. Es gibt sehr viel mehr Institutionen als Markt und Staat, darüber hinaus stellen Markt und Staat oft eine gegenseitige Stütze füreinander dar.

Es ist klar, dass Margaret Thatcher sagen wollte, dass es zahlreiche andere

Institutionen neben dem Staat gäbe, und sie hat Bereiche genannt, die eindeutig keinen Teil des Marktes ausmachen. Sie hat die ‚zivile Gesellschaft‘ genannt. Ihre Regierung aber hatte sich oft den politischen Fragen auf der folgenden stereotypischen Weise angenähert: Auf der einen Seite stehe der Staat, auf der anderen Seite stünden gemeinsam der Markt und alle andere Institutionen. Dabei gebe es keine Spannung zwischen dem Markt und den anderen Institutionen (z.B. die Familie). Auch kam es oft



vor, dass sie vorgab, dass es normalerweise ein Null-Summen-Verhältnis zwischen dem Staat und allen anderen Institutionen gebe, aber fast nie zwischen dem Markt und den anderen Institutionen. Diese Mentalität hat die Politik dieser Regierung – und auch der ‚New Labour‘ Regierung, der sie gefolgt ist – sehr beeinflusst. Ein Beispiel ist die Privatisierung der Leistungen des Öffentlichen Dienstes. Die Leistungen wurden von privaten Firmen und auch wohltätigen Einrichtungen angeboten, als ob diese sich auf eine Weise ähneln würden. Stattdessen aber können die Firmen leicht mit den Einrichtungen konkurrieren. Deshalb assoziiert man mit dem ‚Thatcherismus‘ eine Verschiebung der öffentlichen Dienstleistungen vom Staat an den Markt. Mit der Ausnahme einiger religiöser Organisationen (wohltätige Einrichtungen) wurde die zivile Gesellschaft letztlich ignoriert.

Wenn wir aber über den Markt im Zusammenhang der Privatisierung sprechen, sollten wir eher ‚Unternehmen‘ anstatt ‚Markt‘ sagen. Normalerweise beinhaltet Privatisierung ein Verhältnis unter einer Abteilung einer nationalen oder lo-

kalen Regierung (der Kunde) und einer kleinen Gruppe von bevorzugten Firmen. Die Nutzer der Dienste sind nur Nutzer, keine Kunden. Dies entspricht nicht dem Markt der Wirtschaftstheorien, der eine Menge Kunden und Firmen benötigt.

Man kann die Worte der Bundeskanzlerin Merkel ähnlich interpretieren. Sie hat nicht nur gesagt, dass man annehmen müsse, dass die öffentlichen Finanzen in einem marktkonformen Gleichgewicht stehen müssten, und dass man bezahlen müsse, für das, was man erhalte. Sie sprach über die ‚Märkte‘ im Plural, gemeint sind in der Regel die Finanzmärkte. Sie räumt den Finanzmärkten das Recht ein, die Haushaltspläne zusammen mit den demokratischen Einrichtungen mitzubestimmen.

Doch geht sie vom Recht der Märkte oder von deren Macht aus? Oder muss man sagen, dass Macht Recht erzeugt? Gewiss, zumindest muss man die *fait accompli* annehmen, dass Macht Macht ist. Oder meint dies anstelle einer nicht marktkonformen Demokratie dann eine machtkonforme Demokratie? Hier muss man zwei Beobachtungen über diese Art von Macht machen.

Erstens, die Märkte des heutigen anglo-amerikanischen global deregulierten Finanzsystems haben extrem kurzfristige Zeithorizonte. Sie sind auch sehr spekulativ; die Kapitalanleger weichen ihren Wetten aus, damit ihre eigenen Risiken beschränkt bleiben, auch wenn ihre Tätigkeiten große Instabilität unter den Firmen und den Ländern erzeugen, mit welchen sie spielen. Es ist eine Art der Chaostheorie, wo kleine Bewegungen außerordentliche Folgen haben können. Hier aber sind die Ursachen des Chaos keine sinnlosen Phänomene wie ein Schmetterling im australischen Urwald wie im berühmten Beispiel der Chaostheorie, sondern sinnvolle, wenn auch verantwortungslose, Tätigkeiten menschlicher Akteure.

Viele Firmen in anderen Sektoren der Wirtschaft beklagen bitterlich die Kurzfristigkeit der Finanzmärkte, weil sie ihnen das Leben bei langfristigen Projekten sehr erschwert, dies gilt genauso für die Regierungen. Die Schaffung einer



neuen fiskalen Architektur für die Europäische Union ist ein großes Projekt, das Zeit und ruhige, mühsame Planung benötigt. Die spekulativen Märkte fordern aber Tätigkeit in Panik. Man kann hier nicht behaupten, dass der Markt endlich für das Gemeinwohl agiere, weil in Paniksituationen nie gute Ergebnisse erzielt werden können. Die einzige Rechtfertigung der Macht der Märkte, der einzige Grund, wofür man immer ‚marktkonform‘ sein muss, ist, dass langfristig der Markt die gemeine Wohltätigkeit gewährleistet. Wenn die Struktur eines Marktes Panik verursacht und Chaos herstellt ohne dass jemand oder etwas das Chaos erzeugt hat und nun negative Folgen verursacht, dann weist das Marktsystem einen großen Fehler auf. Wenn diese Folgen Firmen in anderen Sektoren verwunden, entsteht eine wirtschaftliche Krise. Und wenn sie die Regierungskapazität der Staaten verwunden, bedeutet dies eine Krise der Demokratie. Wenn die Demokratie marktkonform sein muss, dann ist es auch notwendig, dass die Finanzmärkte demokratiekonform – oder wenigstens mit gutem Regieren konform – sind. Heute mangeln diese Umstände völlig.

Zweitens, was bedeutet es für die politischen Rechte aller Anderen, wenn die Demokratie marktkonform sein muss, nicht nur im einfachen Sinne, sondern wenn die spekulativen Finanzmärkte ein Veto über die politischen Entscheidungen besitzen? Die politische Klasse pflegt zu sagen, dass unsere politischen Tätigkeiten sich an den Wegen orientieren sollten, die zu dieser Klasse selbst führen. Wir sollen wählen und dann müssen wir die Ergebnisse der Wahlen annehmen. Sie werden ganz unbequem, wenn wir

Proteste, Demonstrationen usw. nutzen, um die Tätigkeiten demokratisch gewählter Politiker herauszufordern. Sie klagen nicht nur, dass unsere Aktionen keine demokratische Legitimität besäßen, sondern auch, dass wir die soziale Ordnung zerstören würden. Es mangelt den spekulativen Finanzmärkten aber auch an demokratischer Legitimität; auch sie können die soziale Ordnung zerstören, wenn sie Unordnung in das Leben der Bürger – wie etwa heute in Griechenland – bringen. Die Personen, die die Finanzmärkte operieren, haben das Argument, dass sie die Macht haben, zu tun, was sie für ihre eigenen Interessen für nötig erachten. Macht erzeugt Recht. Bedeutet dies, dass wenn Proteste und Demonstrationen genug Macht finden und mit Chaos drohen, die Regierungen auch ihnen zuhören werden? Möglicherweise ja. Dies ist jedoch ein gefährlicher Weg, den die Politiker stets vermeiden wollten. Deshalb sollten sie uns nicht so leicht sagen, dass wir die Macht der Märkte und der großen Unternehmen ohne Widerstand und ohne Reformen annehmen müssen.

Wenig dramatisch und ungefährlich finden heute immer mehr Gruppen von Bürgern neue Wege, um ihre Unzufriedenheit mit der sichtbaren Ohnmacht der formellen Politik vor der wirtschaftlichen Macht zu äußern. Sie suchen und finden neue Formen der politischen Teilnahme. Diese Tendenz ist jedoch in der Tat nicht so neu. Man hat sie während den 1960iger Jahren diskutiert; man erinnere sich an die Schlagworte von 1968 in Paris:

*Nous participons
Vous participez
Ils décident.*

Diese Fragen sind während der 1980er Jahren nach dem Erfolg der Partei Die Grünen an die Tagesordnung zurückgekehrt. Immer wieder spricht man über ‚neue‘ Formen der Teilnahme, die die Parteien usw. nicht in Anspruch nehmen. Sie sind zwar nicht neu, aber eine fortwährende, dauerhafte alternative Form der Politik, die immer ein Verhältnis von Spannung und Dialog gegenüber der Politik der Parteienerzeugt.

Die Kritik der ‚amtlichen‘ Demokratie der Parteien bringt immer dieselben Argumente, warum sich viele Menschen eher über Bürgerinitiativen engagieren:

- Die internen Prozesse von Parteien seien langweilig und von Leitern kontrolliert, welche fürchten, dass tätige Mitglieder extreme Aktionen machen würden. Deshalb wollen sie, dass ihre Mitglieder ruhig und passiv bleiben.
- Die externen Beschränkungen auf Regierungen (z.B. durch die Finanzmärkte) seien so streng, dass viele Leute glauben, dass die Unterschiede unter den Parteien immer kleiner werden; deshalb finden sie es zwecklos für eine Partei zu arbeiten.

Die Menschen interessieren sich für besondere Fragen und nicht für das gesamte Ausmaß der politischen Fragen. Parteien aber müssen eine Position zu fast allem haben. Das heißt, dass, wenn wir Parteimitglieder werden, wir uns mit Positionen identifizieren müssen, mit denen wir nicht sympathisieren oder übereinstimmen.

Und die Kritik aus Reihen der Parteimitglieder ist auch wohlbekannt:

- Wenn junge Menschen (und die Mehrheit der Anhänger der ‚neuen‘ Bewe-



gungen ist jung) die Parteien verlassen, wird die Demokratie schwach.

- Die so genannten ‚single-issue causes‘ (Kampagnen zu einzelnen Fragen) können nicht das ganze Ausmaß politischer Fragen zusammenbringen, und deshalb mangelt ihnen eine ausreichende Perspektive, die die Parteien jedoch haben müssen.
- Die Organisatoren dieser Kampagnen haben wenig Ausdauer, weil sie zu informell sind. Deshalb sterben sie rasch wieder.
- Auch weil sie so leicht organisiert sind, birgen sie die Gefahr von ‚Extremisten‘ übernommen zu werden.

Gegen diese Klagen der formellen Parteienpolitik können die Protagonisten der so genannten ‚neuen‘ Bewegungen konstatieren:

- Die formelle an die nationale Ebene gebundene Demokratie ist unfähig, gegen übernationale private wirtschaftliche Mächte zu kämpfen. Wie die Probleme der Europäischen Union uns zeigen, finden die Staatsnationen es sehr schwierig, übernationale Perspektiven anzunehmen und klammern sich stattdessen an ihre nationalen Beschäftigungen. Den neuen Bewegungen aber, da sie informell und flexibel organisiert sind, fällt es viel leichter, auf der internationalen Ebene zu agieren. Sie ähneln paradoxerweise den großen globalen Unternehmen in dieser geografischen Anpassungsfähigkeit noch eher als der formellen Politik.

- Die formelle Politik ist immer mehr von den großen Unternehmen dominiert ist. In vielen Ländern – besonders in den Vereinigten Staaten – sind die Parteien finanziell stark abhängig von Investitionen geworden. Auch wenn das nicht der Fall ist, müssen Regierungen und leitende Parteien immer vorsichtig sein, dass sie die globale Unternehmen nicht ‚verärgern‘, sonst werden diese drohen, ihre Investitionen in andere Länder zu verschieben. Übernationalen Bewegungen kann man mit diesen Argumenten nicht drohen.

Dennoch offenbaren die Schwächen der Politik den neuen Bewegungen eine wichtige Kritik der Weisen der alten Politik und ihrer Unfähigkeit im Zusammenhang der globalen Finanzwirtschaft sowie der Macht des übernationalen Kapitals. Wenn die Märkte, mit welchen die Demokratie ‚konform‘ sein muss, selbst schlecht funktionieren, haben wir ein großes Problem für die Demokratie, welches die ‚alte‘ Politik nicht konfrontieren kann.

Es gibt eine weitere interessante Entwicklung. Viele Organisationen in der Zivilgesellschaft, die sich normalerweise gar nicht als politisch oder als Protestgruppen sehen, finden, dass die immer kräftigeren Prozesse der Vermächtlichung und der Ver korporatisierung ihre Kerninteressen und Kernidentitäten herausfordern: Kirchen, Naturschutzgruppen, usw. Sie sind der Meinung, dass sie daher auf ungewöhnliche Weise kämpfen müssen. Ihr/das Problem ist, dass der Markt und die Geschäfte in immer mehr Lebensfelder eindringen, die in der Vergangenheit außer ihrer Reichweite zu sein schienen. Hier finden wir den Markt gegen die Zivilgesellschaft – was ein großer Schock ist für jene, die sich den Markt nur zusammen mit der Zivilgesellschaft gegen den Staat denken können.

Können die Bürger dort etwas erreichen, wo sie die formelle Politik als machtlos empfinden? Es gibt hierfür zwei Möglichkeiten:

- Wenn die neuen Bewegungen recht ernste Proteste werden, wie wir schon in Athen, London, Madrid, New York und anderswo gesehen haben, fürchten die politischen bzw. wirtschaftlichen Eliten die zukünftige soziale Sta-

bilität. Wenn sie der Meinung sind einfache Repression bei Demokratien sei noch unmöglich, müssen sie einige politische Einschränkungen anbieten: z.B. eine strengere Regulierung der globalen Finanzmärkte, eine Ermäßigung der Strengepolitik auf Griechenland, Italien, usw. imponiert, ein Rückkehr zur Politik der Nachhaltigkeit (was während der Krise gänzlich vernachlässigt worden war).

- Ohne das man einen gefährlichen Punkt der Proteste erreicht, fürchten die großen Parteien fürchten, dass sie die jungen Generationen verlieren und sich ihre Verhältnisse mit ‚Lobbyismus‘ und den mächtigen wirtschaftlichen Interessen revidieren.

Ich glaube, dass man schon bestätigen kann, dass ohne Protestbewegungen, Bürgerinitiativen, und ohne die neuen Sorgen der normalerweise zurückhaltenden Bevölkerungsgruppen (‚leisen, ehrbaren‘), das politische System nicht reagiert hätte. Ihr Zusammenleben (ein vollkommen/ganz marktwidriges Zusammenleben!) mit den großen Unternehmen war zu bequem. Die Tendenzen nach der Postdemokratie haben paradoxerweise ein positives Ergebnis erzielt: sie haben den langen, schon existierenden Prozess eines Zuwachses der Zivilgesellschaft gestärkt. Die Gestalten in der ‚reichen Gobelinstickerei‘ von Margaret Thatcher erquicken sich – wahrscheinlich auf eine Weise, die ihr gar nicht nicht lieb ist. Die Modelle der großen, bürokratisch organisierten politischen Parteien des letzten Jahrhunderts sind den jungen Generationen unattraktiv – auch ohne die Entwicklungen der Postdemokratie. Sie organisieren ihr Leben informeller; sie fügen sich den politischen Leitern nicht. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht für ernste Fragen interessieren. Sie finden vielmehr neue Möglichkeiten für ihr politisches Gefecht, wie beispielsweise in Form von neuen Bewegungen, social media, usw. Am Ende dieses Prozesses könnte ein erneuertes frisches politisches Leben entstehen. Ob dies genügt der wachsenden politischen Rolle der wirtschaftlichen Macht gegenzusteuern, bleibt eine schwierige Frage. ♦